

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Dezember 2021

hauptstadt magazin



Auf himmlischen
Entdeckungsreisen



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Berliner Politik ist vor und nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus fast vollständig zum Erliegen gekommen – zumindest was den öffentlichen Dienst angeht. Dabei ist Eile unbedingt geboten. Das unterstreicht auch ein Gespräch mit der Präsidentin des Landesrechnungshofs, die Probleme aufgezeigt hat, bei denen es eigentlich schon fünf nach zwölf ist. Auch ich habe in dieser Ausgabe meine dringendsten Erwartungen an den neuen Senat formuliert.

Endlich Lösungen wollen auch unsere Mitglieds-gewerkschaften sehen: In einem Elf-Punkte-Forderungenkatalog zeigt der BSBD Berlin auf, was im Justizvollzug keinesfalls weiteren Aufschub erlaubt, wenn der Nachwuchsmangel nicht endgültig eskalieren soll. Ähnliche Sorgen macht sich die Tarifexpertin des dbb berlin, die stellvertretende Landesvorsitzende Synnöve Nüchter, in Bezug auf den gesamten Landesdienst wegen der Blockadehaltung der Arbeitgeber bei den laufenden Verhandlungen zum TVL. Die DJG ist schließlich selbst zur Tat geschritten und versucht mit einer Werbeaktion, die eigentlich Sache des Dienstherrn wäre, Interesse an einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu wecken.

Ein ganz anderes Thema treibt die privaten Krankenkassen um, die nicht zusehen möchten, dass junge Anwärterinnen und Anwärter bei ihrer Krankheitsvorsorge in eine Falle tappen. Bei einer Veranstaltung im Rahmen der Reihe „dbb berlin im Dialog“ zeigte der PKV-Verband unter anderem auf, mit welchem enormen Pferdefuß das auch in Berlin angebotene sogenannte Hamburger Modell im Alter daherkommt.

Titelthema im Dezember ist das Zeiss-Großplanetarium in Prenzlauer Berg, das unter strengen Corona-Auflagen wieder ein umfangreiches Bildungsprogramm für Jung und Alt anbietet und gerade in der Vorweihnachtszeit einen Besuch lohnt.

Trotz der erneut von COVID-19 überschatteten Feiertage wünsche ich Ihnen ein frohes Fest. Und bleiben Sie vor allem gesund.

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Berufspolitik	
Ein Weiter-so darf es nicht geben!	4
Nach dem Klatschen die Klatsche!	5
Landesrechnungshof Berlin	
Viel mehr als eine Prüfungsinstanz	6
dbb berlin im Dialog	
Es geht um optimale Krankheitsvorsorge	8
Justiz	
BSBD: Stillstand beenden	9
Fernsehserie unterstreicht Qualifikationsanforderungen	10
Happy Birthday Deutsche-Justiz- Gewerkschaft!	11
phv	
Abschiedsgruß an Schulsenatorin	11
Titelthema	
Zeiss-Großplanetarium	12
Unterhaltung	
Preisrätsel	15
Zum Schluss	
Höchste Zeit für Winterreifen	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb berlin.

E-Mail: post@dbb berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr.

15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 18,

gültig ab 1.10.2020. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Stiftung Planetarium Berlin/Natalie Toczek

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die

Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die

Meinung des Herausgebers wieder.

Forderungen an eine neue Landesregierung

Ein Weiter-so darf es nicht geben!

Der Berliner dbb Landeschef, Frank Becker, hat sehr klare Vorstellungen, was die neue Landesregierung dringend anpacken muss. Längst überfällig ist aber auch eine veränderte Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes. Becker wörtlich:

„Ich erwarte von der neuen Landesregierung, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes endlich die Anerkennung und Wertschätzung der Politik erfahren, die sie verdienen. Menschen, die sich tagtäglich für unseren Staat und seine Bürgerinnen und Bürger einsetzen, dürfen nicht als Kostenfaktor wahrgenommen werden.

Auch muss die Politik bessere Rahmenbedingungen für die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schaffen und insbesondere ausreichend Nachwuchskräfte gewinnen. Nicht abschreckende Spardebatten auf dem Rücken der Beschäftigten führen dabei zum Ziel, sondern eine gerechte Bezahlung und eine verlässliche Altersversorgung. Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen attraktiv und konkurrenzfähig sein, das heißt, die Besoldung im Landesdienst muss an die des Bundes angepasst werden, will man beim Run um die besten Köpfe nicht auf verlorenem Posten stehen. Bei Kolleginnen und Kollegen besteht nämlich großes Interesse, zu Bundesdienststellen abzuwandern. Im Bildungsbereich sind die Abwanderungsbewegungen in andere Bundesländer endlich durch die Verbeamtung der Berliner Lehrkräfte zu stoppen.

Gewalt gegen Beschäftigte bekämpfen

Zentrales Thema in den nächsten Monaten muss auch die Bekämpfung der Gewalt gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sein. Die Grundsatzserklärung, die auf Initiative des dbb berlin von dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller dem dbb berlin und dem DGB Berlin-Brandenburg unterzeichnet wurde, kann nur der erste Aufschlag gewesen sein. Sobald der neue Senat seine Arbeit aufgenommen hat, werden wir in dieser Sache – möglichst mit dem Regierenden Bürgermeister – die nächsten Schritte diskutieren. Erfreulich ist, dass der Hauptpersonalrat inzwischen mit der Erarbeitung einer Dienstvereinbarung begonnen hat.

Hauptstadtzulage sichern

Ich erwarte vom neuen Senat auch, dass er nach Lösungen sucht, um die „Hauptstadtzulage“ für die Tarifbeschäftigten dauerhaft zu erhalten. Hierzu

sind kluge und zeitnahe Verhandlungen mit den anderen Bundesländern und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zu führen. Ein Warten bis „kurz vor zwölf“ darf es nicht wieder geben.

Ich erwarte außerdem, dass der Senat die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die Länder zeit- und systemgerecht auf die Beamtenbesoldung überträgt und nicht wieder in eine Verzögerungstaktik verfällt. Das Weihnachtsgeld ist angemessen zu erhöhen. Wir stehen hier für Gespräche jederzeit bereit.

Personalvertretungsgesetz modernisieren

Das Personalvertretungsgesetz und die dazugehörige Wahlordnung müssen an Arbeitsaufkommen und -qualität angepasst und dringend modernisiert werden. Dies haben auch die Monate der Pandemie gezeigt. Ich erwarte eine vertrauensvolle Zusammenarbeit des Senats mit den Spitzenverbänden des öffentlichen Dienstes bei der Reform. Der dbb berlin wird dem Senat und Abgeordnetenhaus zeitnah entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Führungskräfte schulen

Der Senat muss ferner für eine regelmäßige Fortbildung der Führungskräfte sorgen, deren Kenntnisse, insbesondere über die Bestimmungen zur Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen, häufig überraschend defizitär sind. Auch bei der Pandemiebekämpfung zeigten sich Führungskräfte oftmals unbeholfen bei der Umsetzung der geltenden Vorschriften, die allerdings auch nicht klar, einheitlich und verbindlich für alle Dienststellen des Landes Berlin vom Senat gefasst worden waren.

Schließlich müssen auch beim Arbeits- und Gesundheitsschutz entsprechende Schulungen zwingend vorgeschrieben werden. Mit kontinuierlichem Evaluieren und Anpassungen an die Veränderungen im beruflichen Alltag ist die Gesundheit der Beschäftigten bestmöglich zu schützen beziehungsweise langfristig zu erhalten. Die zuständigen Behörden – auch die Unfallkasse – müssen dementsprechend personell und finanziell ausgestattet werden.“ ■

Tarifverhandlungen

Nach dem Klatschen die Klatsche!

Die Arbeitnehmer im Berliner Landesdienst sind stocksauer und frustriert. Mit ihrer unverständlichen Hinhaltenaktik bei den laufenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder zeigen die Arbeitgeber ihren im Laufe der Pandemie immer wieder hochgelobten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die kalte Schulter, wenn es darum geht, deren Leistungen auch zu honorieren.

Für Synnöve Nüchter, stellvertretende Landesvorsitzende und Tarifexpertin des dbb berlin, ist es schlicht ein Gebot des Anstands, Menschen ihren gerechten Lohn zu gewähren, speziell wenn sie in der gegenwärtigen Ausnahmesituation ganz extremen Belastungen ausgesetzt waren und sind.

Zugleich warnt sie vor sehr ernsten Konsequenzen für den Landesdienst. Denn natürlich wissen die Beschäftigten, die beispielsweise bei Polizei, im öffentlichen Gesundheitsdienst, bei den Ordnungsämtern und in der Pflege im Dauerstress stehen, dass sowohl beim Bund als auch in den Kommunen Brandenburgs finanziell mehr zu holen ist. Dort gelten nämlich der TVöD beziehungsweise der angelehnte TVöD VKA, die zum Beispiel eine stufengleiche Höhergruppierung und eine bessere Entgeltordnung bieten. „Ich gehe zum Bund“, ist deshalb in diesen Tagen im Berliner Landesdienst schon fast ein geflügeltes Wort.

Konsequenzen aus der mangelnden Wertschätzung nach anfänglichem Applaus haben ganz offenbar schon viele Pflegekräfte gezogen. Nach Medienberichten sind in der vierten Corona-Welle nämlich nicht länger die Intensivbetten der Engpassfaktor in der Gesundheitsversorgung, sondern die Pflegekräfte, die in Scharen den Dienst quittiert haben.

Auch die Polizei hat bereits signalisiert, dass ihre Kapazitäten am Ende sind: Breitflächige G2- oder G3-Kontrollen, die nach den jüngsten Beschlüssen des Deutschen Bundestages notwendig wären, sind jedenfalls mit dem vorhandenen Personal nicht mehr möglich. Bei der Personalknappheit im ebenfalls durch die Pandemie besonders belasteten Lehrerbereich kommt eine weitere Ursache erschwerend hinzu: Berlin sieht als einziges Bundesland bislang stur von einer Lehrerverbeamtung ab, auch wenn es mittlerweile abgewanderte und inzwischen verbeamtete

Pädagogen teuer zurückkaufen muss. Insgesamt also alles andere als der richtige Moment, die berechtigten Forderungen der verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ernsthaft infrage zu stellen.

Abwanderungen verhindern

Für Synnöve Nüchter ist es deshalb auch völlig unverständlich, dass die Ländervertreter bei den aktuellen Tarifverhandlungen die personellen Notlagen im Sicherheits-, im Bildungs- und Gesundheitsbereich mit ihrer Blockadehaltung noch weiter befeuern. Die Weichen müssten vielmehr längst in Richtung attraktive Beschäftigungsbedingungen im Landesdienst gestellt sein. Nur so lassen sich weitere Abwanderungen verhindern und die höchst brisante Nachwuchssituation entschärfen. Das Geld für Werbeplakate kann man sich nämlich schenken, solange gute Arbeit nicht ihren gerechten Lohn findet. ■



Polizistinnen und Polizisten haben am 19. November 2021 vor dem Roten Rathaus in Berlin ihrem Unmut Luft gemacht.



Landesrechnungshof Berlin

Viel mehr als eine Prüfungsinstanz

Der Rechnungshof von Berlin ist die Behörde, die den wirtschaftlichen Einsatz der Landesmittel überwacht. Zunehmend wird er dabei auch beratend tätig – und diese Funktion soll nach dem Willen seiner Präsidentin Karin Klingen künftig weiter verstärkt werden.

Im Gespräch mit dem hauptstadt magazin erläuterte die Präsidentin, dass begleitende beratende Hinweise durch den unabhängigen Rechnungshof noch anders wirken können als eine nachträgliche Prüfung, wenn das Kind möglicherweise schon in den Brunnen gefallen ist.

Der Rechnungshof beobachtet die kostenwirksamen Maßnahmen der Landespolitik. Entscheidet sich der Rechnungshof, eine Maßnahme zu prüfen, kann er alle dafür notwendigen Informationen ermitteln. Möglich ist das, weil der Gesetzgeber den Rechnungshof nicht nur mit größtmöglicher Unabhängigkeit ausgestattet hat, sondern den Landeseinrichtungen und -behörden auch eine Auskunftspflicht gegenüber der Kontrollinstanz auferlegt hat.

Größtmögliche Unabhängigkeit

Unabhängigkeit heißt auch, wie Karin Klingen ausführte, dass die Mitglieder des Rechnungshofs alleine entscheiden, welche Prüfungen sie durchführen.



Rechnungshofpräsidentin
Karin Klingen

© Fotostudio Ludwig

Gelegentlich sind es auch Hinweise der Berliner Bürger, die zum Anlass für eine Überprüfung genommen werden. Den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern will Karin Klingen auf jeden Fall weiter intensivieren. Auch aus der Verwaltung selbst hat es während des pandemiebedingten Lockdowns Hilferufe an den Rechnungshof gegeben. Derartige Einsätze sind allerdings nicht immer einfach, räumt die Chefin des Hauses ein, und verlangen viel Fingerspitzengefühl.

Nachzulesen sind die Bemerkungen des Rechnungshofs im alljährlich vorgelegten Jahresbericht, den die Präsidentin sowohl der Öffentlichkeit als auch dem Senat und dem Berliner Abgeordnetenhaus vorstellt. Anfang des kommenden Jahres ist es im Landesparlament wieder so weit und man darf gespannt sein, wie das hohe Haus die Rügen, die unter anderem in zwei ganz zentralen Punkten die Verwaltung betreffen, aufnimmt.

Gravierende Versäumnisse in der Landesverwaltung

Zum einen wurde die Steuerung der IT-Modernisierung in der Berliner Verwaltung moniert. Tatsächlich ist nach Feststellungen des Rechnungshofs vom Frühjahr in den letzten fünf Jahren nicht eine Berliner Verwaltung vollständig mit ihrer IT zum zentralen Dienstleister ITDZ migriert. Der Rechnungshof empfiehlt angesichts dieses verheerenden Prüfungsergebnisses sogar, die gesamte Umsetzung des Projekts neu zu planen. Denn ein Gesamtbild aller mit der Migration verbundenen Aufgaben habe von Anfang an gefehlt. Mit einem solchen „Geburtsfehler“ sei eine sinnvoll strukturierte Realisierung kaum möglich.

Nicht weniger brisant ist eine zweite Rüge im aktuellen Jahresbericht, die die öffentliche Verwaltung betrifft: Für weniger als 50 Prozent der Stellen liegt in Berlin eine Personalbedarfsberechnung vor. Es fehlt nicht nur der Überblick für Bereiche, in denen Personal abgebaut werden könnte. Angesichts des Ausscheidens zahlreicher älterer Beschäftigter in den nächsten Jahren läuft der öffentliche Dienst in der Hauptstadt Gefahr, konzeptionslos in ein Nachwuchsdesaster zu schlittern. An einer klaren Bedarfsplanung führe kein Weg vorbei.

Wichtige Beschäftigungsbedingungen

Auch zur Personalgewinnung hat die Präsidentin klare Vorstellungen. Wichtig wäre auch hier ein Gesamtplan, der neben den monetären Konditionen auch die Arbeitsplatzgestaltung im weitesten Sinne einbezieht. Das heißt Räumlichkeiten, Ausstattung, Flexibilität und auch Arbeitsklima sind wichtige Faktoren, die die Attraktivität einer Beschäftigung entscheidend mitbestimmen und berücksichtigt werden müssen. Im eigenen Haus hat die Umsetzung der Personalgewinnung einen hohen Stellenwert für die Präsidentin. Sie freut sich, dass es gelungen ist, neue Beschäftigte über Kooperationen mit Universitäten und in Einzelfällen vom Bundesrechnungshof oder aus Rechnungshöfen anderer Länder zu gewinnen.

Insgesamt zählt der Landesrechnungshof rund 240 Beschäftigte, die in den sechs Prüfungsgebieten entsprechend über sehr unterschiedliche Fachkenntnisse verfügen.

Neben Juristen, Volkswirten und Verwaltungsfachleuten gibt es beispielsweise Architekten und Ingenieure für Überprüfungen im Bauwesen oder auch Informatiker und Mathematiker zur Überprüfung der IT-Organisation.

„Doppelte Legitimation“

Karin Klingen selbst hat in ihrem Berufsleben viele unterschiedliche Stationen der öffentlichen Verwaltung durchlaufen, was für ihr jetziges Amt von großem Vorteil ist. Erfahrungen in der Finanzverwaltung und in Haushaltsfragen hat die Juristin sowohl im Bundes- wie im Landesdienst gesammelt. Zur Präsidentin des Landesrechnungshofs wurde sie 2018 berufen – und zwar gleich mit „doppelter Legitimation“. Dem beamtenrechtlichen Auswahlverfahren folgte die Wahl durch das Berliner Parlament.

Auf dem Weg zur Musterbehörde

Fragt man die Präsidentin nach den vorrangigen Zielen ihrer Amtsführung, so zählt insbesondere der weitere Ausbau der Prüfungstätigkeit und der Beratung dazu. Die Berliner Verwaltung habe einen dringenden Verbesserungsbedarf. Sie sieht es als eine wichtige Aufgabe des Rechnungshofs an, diesen Reformprozess durch seine Prüfungsergebnisse und begleitende Beratung zu unterstützen. Eine Herzensangelegenheit ist ihr aber auch die Entwicklung des Rechnungshofs zu einer Art Musterbehörde, in der alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertgeschätzt werden. Ein ehrgeiziger Plan, der offenbar schon Fahrt aufgenommen hat!

Umso mehr wünscht das hauptstadt magazin der Rechnungshofpräsidentin viel Erfolg, speziell auch bei diesem wichtigen Vorhaben. Und den Weg des Rechnungshofs zur Musterbehörde werden wir natürlich gern mitverfolgen. ■



dbb berlin im Dialog

Es geht um optimale Krankheitsvorsorge

Für beihilfefähige Beamte ist eine restkostendeckende Krankenversicherung nicht nur unentbehrlich, sondern auch der beste Weg, um sich lebenslang gegen Krankheitsrisiken abzusichern.

„93 Prozent der Beamtinnen und Beamten wissen das und haben eine entsprechende private Krankenversicherung abgeschlossen“, stellte Florian Reuther vom PKV-Verband am 11. November bei einer „Dialog-Veranstaltung“ des dbb berlin fest. Es gelte jetzt, Berufseinsteiger von den Leistungsvorteilen dieser optimalen Kombination zu überzeugen, waren sich Referent und Teilnehmer einig. Denn wer zu Beginn seines Beamtenverhältnisses nicht ausreichend über die unterschiedlichen Systeme der Krankheitsvorsorge informiert ist, kann leicht eine nachteilige Entscheidung treffen. Dafür sorgen schon die Bestrebungen der Befürworter einer Bürgerversicherung, die mit Angeboten wie dem Hamburger Modell die private restkostendeckende Krankenversicherung aushöhlen wollen – allerdings sehr zum Nachteil der Beschäftigten.

Hamburger Modell mit gravierenden Nachteilen

Wie diese Nachteile ganz konkret aussehen, wenn Beamte ein restkostendeckendes GKV-Angebot annehmen, hatte Reuther schnell aufgelistet:

- > Die PKV bietet ihren Mitgliedern Leistungsvorteile, die aufgrund des Versicherungsvertrags nicht einseitig gekürzt werden können. In der Praxis heißt das beispielsweise, weder Leistungseinschränkungen durch Budgetierung noch Ausschluss kostenintensiver Therapien oder Medikamente, wie es das Zulassungsverfahren in der GKV erlaubt, sind möglich.
- > Maßgeschneidert ist die PKV-Versicherung auch im Alter: Tatsächlich können sich ihre Mitglieder über sinkende Beiträge freuen, wenn die Einkünfte im Ruhestand schrumpfen. Möglich ist das nicht nur durch den höheren Beihilfesatz für Versorgungs-

empfänger, sondern auch durch Rücklagen, die die PKV von Vertragsbeginn an für jede Altersgruppe bildet. Wird von einer Altersgruppe das 60ste Lebensjahr erreicht, werden erhöhte Krankheitskosten der Rücklage der Altersgruppe entnommen und führen nicht zu Beitragserhöhungen. Ein stol-

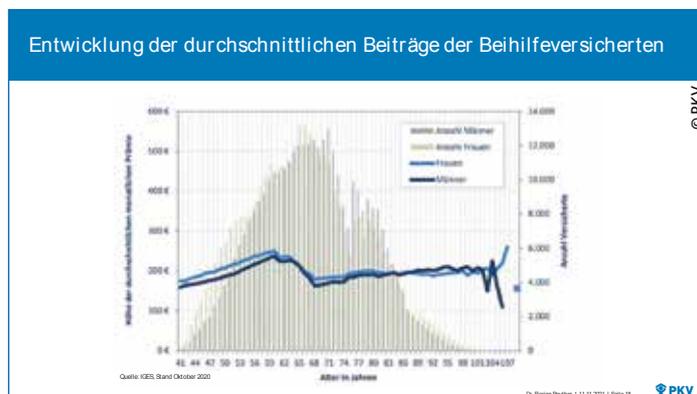
zes Polster von 285 Milliarden hat die PKV auf diese Weise bereits für ihre 90 Millionen Mitglieder eingesammelt. Nicht weniger wichtig: Weil der Beitrag der PKV nicht einkommensabhängig ist, wirken sich Zusatz-

einkünfte im Alter, etwa aus privaten Rückstellungen oder Nebeneinkünften, nicht beitragssteigernd aus.

Für die Teilnehmer der Veranstaltung war klar: Die Information über diese Fakten muss verbessert werden, zumal die Befürworter von Einheitslösungen, sprich einer generellen Bürgerversicherung, trotz aller damit verbundener gesamtwirtschaftlichen Nachteile immer wieder zum Angriff blasen. Fakt ist, dass derartigen Bestrebungen vorrangig ideologische Motive zugrunde liegen, denn tatsächlich sorgen die höheren Leistungen der PKV für medizinischen Fortschritt und eine bessere Gesundheitsversorgung im Land.

Umso mehr ist Wachsamkeit geboten, wenn die gegenwärtig dramatische Finanzsituation der GKV Begehrlichkeiten gegenüber den Privatversicherten erzeugt, die – ob nun im Gewand des Hamburger Modells oder als Risikoausgleichszahlungen der PKV – das gesamte Gesundheitssystem erschüttern würden.

Eine gute Nachricht hatte Reuther in diesem Zusammenhang aber im Gepäck: Bei den derzeitigen Koalitionsverhandlungen steht das duale System nicht zur Disposition! Die gesetzliche und die private Kranken- und Pflegeversicherung bleiben erhalten. ■





Stillstand im Justizvollzug beenden!

„Jetzt besteht die Möglichkeit, für die nächsten fünf Jahre Schwerpunkte zu setzen, um den Stillstand der letzten Jahre im Justizvollzug zu beenden!“, beurteilt BSBD-Landeschef Thomas Goiny die politische Situation in Berlin und drängt auf effiziente und pragmatische Lösungen zur Nachwuchsgewinnung im Strafvollzug.

Denn die Bewerberzahl nimmt aktuell weiter ab. Ursachen sind vor allem schlechte Bezahlung und fehlende Perspektiven.

Zielführende BSBD-Forderungen

Die BSBD will deshalb schnelle Lösungen und fordert:

- > die Erhöhung der Anwärtersonderzuschläge auf 70 Prozent,
- > Beförderungen in die Besoldungsgruppe A 8 ein Jahr nach Beendigung der Probezeit,
- > Wegfall der Erfahrungsstufe 1 und Fortsetzung der Erfahrungsstufen bis 10,
- > vereinfachte Anerkennung von Vordienst – beziehungsweise vorberuflichen Zeiten,
- > Verkürzung der Probezeit bei erfolgreichem Abschluss mit mindestens Note 2,
- > Überprüfung der Stellenbewertungen und Ausweitung der Masteranforderungsprofile auf alle Tätigkeiten und Aufgaben,
- > zeitnahe Umsetzung der Verbeamtung von Tarifbeschäftigten im Krankenpflagedienst und Werkdienst,

> Qualifizierung der Tarifbeschäftigten im Verwaltungsdienst mit dem Ziel der Verbeamtung,

> schneller und einfacher Wechsel zwischen den Dienststellen aus gesundheitlichen Gründen,

> Stärkung des gesundheitsorientierten Personalmanagements und

> schnellere Ausschreibungs- und Stellenbesetzungsverfahren in den Dienststellen.

Dagegen wird ein weiteres Absenken der Einstellungsvoraussetzungen strikt abgelehnt. Ganz im Gegenteil ist der BSBD Berlin der Überzeugung, dass die Nachqualifizierung der Anwärter(innen) und Probebeamt(inn)en sowie generell die Aus- und Fortbildung intensiviert werden müssen. Das gelte auch für die Praxisanleiter und -anleiterinnen.

Erster Erfolg

Einen ersten Erfolg in Sachen beruflicher Perspektiven konnte der BSBD Berlin übrigens bereits erreichen: Bei einem Gespräch im August hat die Senatsverwaltung für Justiz eine Arbeitsgruppe angekündigt, die die Einführung einer sogenannten „Zweigeteilten Laufbahn“ prüfen soll. ■

BERLIN HINTER GITTERN

© Kabel Eins

Justizvollzug

Fernsehserie unterstreicht Qualifikationsanforderungen

Eine aktuelle Fernsehserie, die den Berufsalltag von Anwärtnerinnen und Anwärtern in den Berliner Gefängnissen vorstellt, unterstreicht die BSBD-Position, dass an den Einstellungs- voraussetzungen im Strafvollzug nicht gerüttelt werden darf.

Denn sowohl das tägliche Gefährdungspotenzial für die Justizvollzugsbediensteten durch die Straftäter als auch der gesetzliche Auftrag den Gefängnisinsassen gegenüber verlangen eine umfassende und differenzierte Aus- und Fortbildung. Insbesondere über die Grundlagen des Dienstrechts müssten Anwärtnerinnen und Anwärter im allgemeinen Vollzugsdienst wie auch Quereinsteiger in allen Berufsgruppen noch sehr viel nachhaltiger geschult werden, als das bisher der Fall ist.

Dienstrecht nachhaltiger schulen

„Nur wer weiß, warum eine Eingriffsnorm gegenüber den Inhaftierten besteht und die Rechtsgrundlage kennt, kann die Vollzugsaufgaben durchführen“, begründete der Berliner BSBD-Landeschef Thomas Goiny die Forderung seiner Gewerkschaft. Diese Kenntnisse verdeutlichen zugleich die Notwendigkeit des Berufsbeamtentums im Vollzug.

schäftigungsbedingungen, insbesondere Bezahlung und Karrierechancen, noch keine Rede war, hat sie doch zumindest ausschnittsweise Einblicke in das anspruchsvolle Berufsbild im Justizvollzug vermittelt.

Weitere Folgen werden auf Kabel 1 jeweils donnerstags um 20.15 Uhr ausgestrahlt. ■



© Lulian Essink/Kabel Eins

Auch wenn in der am 18. November ausgestrahlten ersten Folge der Serie „Berlin hinter Gittern“ von Be-

Happy Birthday Deutsche-Justiz- Gewerkschaft!

Mit einer großen Werbeaktion begeht die Deutsche-Justiz-Gewerkschaft (DJG) ihr 70-jähriges Bestehen. Highlight der Kampagne war die Enthüllung eines neun Quadratmeter großen Plakats vor der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung am 1. November 2021.

Die DJG-Berlin beteiligte sich an der großen Werbeaktion in der Bundeshauptstadt, wo seit mehreren Wochen an verschiedenen Verkehrsknotenpunkten beleuchtete, mobile Werbetafeln der DJG-Kampagne zu sehen sind. Bei der Enthüllung des Großplakats vor der Dienststelle von Justizsenator Dirk Behrend war die Landesleitung mit von der Partie. Von vielen Kolleginnen und Kollegen wurde das Spektakel aus den Fenstern der Senatsverwaltung heraus verfolgt. Auch bei Passanten blieb die gelungene Aktion nicht unbeachtet.



Vielsagender Abschiedsgruß an Schulsenatorin Scheeres

Heike Breuning und Ferdinand Horbat überreichen Senatorin Scheeres (Mitte) die gebackenen Lehrkräfte.

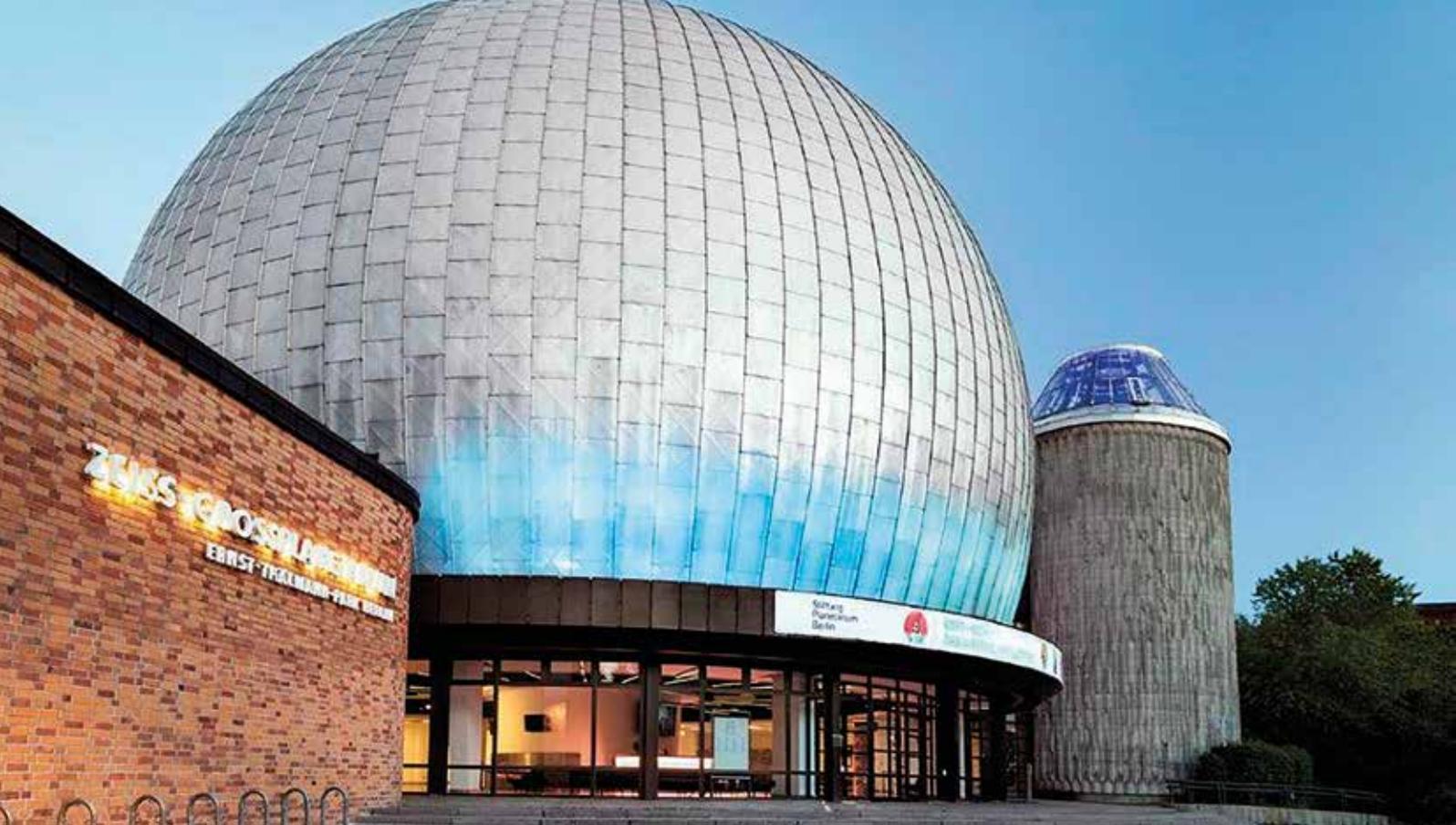
Der DPhV, Landesverband Berlin/Brandenburg (Phv) hat der scheidenden Berliner Schulsenatorin Sandra Scheeres zum Abschied wenigstens ein Erfolgserlebnis in Sachen Personalpolitik gönnen wollen und „Miss Bildung“ und „Lehrer Lämpel“ als Verstärkung der Lehrerschaft überreicht.



In einem erläuternden Anschreiben dazu heißt es:

„Liebe Frau Scheeres,

da Sie es in zehn Jahren nicht geschafft haben, auch nur ein Problem der Berliner Schulen wirklich zu lösen, haben wir Ihnen zum Abschied wenigstens zwei fehlende Lehrkräfte gebacken. Das ist zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein, soll aber gleichzeitig ein Ansporn für Ihren Nachfolger oder Ihre Nachfolgerin sein, endlich den Lehrermangel zu beseitigen. Für die Zukunft wünschen wir Ihnen alles Gute und verbleiben mit freundlichen Grüßen ...“



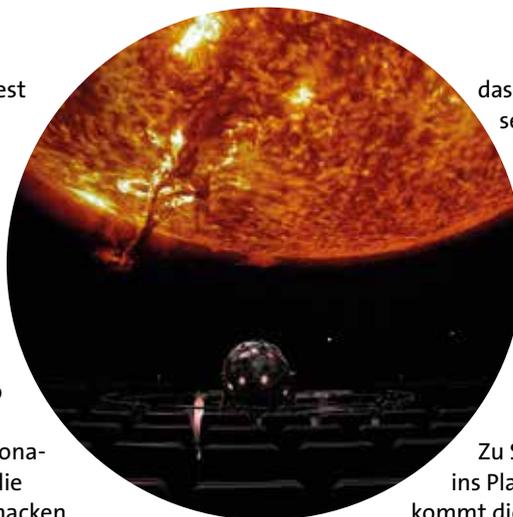
Zeiss-Großplanetarium

Das Zeiss-Großplanetarium

Den Sternen so nah ...

... sind die über 400.000 Besucherinnen und Besucher, die die beiden Berliner Planetarien und Sternwarten mit ihren attraktiven Programmen für Jung und Alt in normalen Jahren anlocken. Geboten wird keineswegs nur reine Unterhaltung, die Stiftung Planetarium Berlin verfolgt vielmehr sehr gezielt und differenziert einen wichtigen Bildungsauftrag in der Stadt.

„Jeder Berliner sollte zumindest einmal ein Planetarium oder eine Sternwarte besucht haben“, unterstreicht Stefan Gotthold, der Leiter Bildung der Stiftung bei einem Besuch des hauptstadt magazins im Zeiss-Großplanetarium. Mit seinen 35 hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen setzt er deshalb sehr viel in Bewegung, um möglichst bald nach dem Corona-Ausnahmestand erstmals die 500.000 Besuchermarke zu knacken.



das nicht etwa durch trockene wissenschaftliche Erläuterungen zu den in der Kuppel gezeigten Sternbildern, sondern in begleitendem interaktivem Austausch auf Augenhöhe. Kein Wunder, dass auch immer mehr Seniorinnen und Senioren die lebendigen vormittäglichen Veranstaltungen für sich entdeckt haben.

Zu Schulklassen, für die der Weg ins Planetarium zu kompliziert ist, kommt die Stiftung sogar selbst, und zwar ab Februar 2022 wieder mit einem mobilen aufblasbaren Planetarium, das in der Schulturnhalle aufgestellt werden kann und immerhin Platz für 30 Personen bietet. „Die Konstruktion ist mithilfe eines Hüpfburgenherstellers entwickelt worden“, meint Stefan Gotthold augenzwinkernd. Auf Monate hinaus ist dieser Service, der von den Schulen angefragt werden kann, ausgebucht. In Planung sind dar-

Großer Zuspruch von Schulen

Besonderes Augenmerk wird bei der Programmgestaltung auf Schülerinnen und Schüler gerichtet, die etwa die Hälfte der Besucher ausmachen. Zu sehr günstigen Konditionen können sie ihren Horizont im Planetarium buchstäblich bis ins Universum hinein erweitern – und

über hinaus Schülerlabore, die unter anderem die Komplexität von Himmelsforschung und Raumfahrtprogrammen veranschaulichen sollen.

Umfassender Bildungsauftrag

Der Bildungsauftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie unterstellten Stiftung erschöpft sich natürlich nicht bei Schülerinnen und Schülern, es geht gleichermaßen um Vorschulkinder, Erwachsene und generell um das lebenslange Lernen. Das umfangreiche und vielseitige Programm reicht deshalb auch von „himmlischen“ Märchen über Planetentouren und Sternbeobachtungen bis hin zu Kulturprogrammen oder immersiven Festivals in der Kuppel.

Angeboten werden die Veranstaltungen in den zwei Planetarien und zwei Sternwarten, die in Berlin zur Verfügung stehen und allesamt von der Stiftung betrieben werden. „Errichtet wurde die Stiftung am 1. Juli 2016 auf Initiative des Direktors des Zeiss-Großplanetariums und der Archenhold Sternwarte, Tim Florian Horn, der seitdem auch Stiftungsvorstand ist.

Vier astronomische Einrichtungen

Die größte der insgesamt vier von der Stiftung betreuten astronomischen Einrichtungen ist das Zeiss-Großplanetarium im Osten der Stadt. Es zählt zu den letzten Repräsentationsbauten der DDR und wurde erst kurz vor der Wende im Jahre 1987 fertiggestellt. Wie Pressesprecherin Ghazal Weber anmerkt, verdankt es seine Größe nicht zuletzt dem damaligen Wettkampf der Systeme. Auf jeden Fall sollte das im Berliner Westen gelegene Planetarium am Insulaner überboten werden – allerdings nicht auch das Moskauer Pendant.

Dem Planetarium am Insulaner in Schöneberg ist die Wilhelm-Foerster-Sternwarte angeschlossen, die zweite, die Archenhold-Sternwarte, befindet sich im Treptower Park. Letztere ist die älteste und traditionsreichste astronomische Einrichtung in Berlin und darf sich einer ganz besonderen Premiere rühmen: Am 2. Juni 1915 hat in dem heute nach ihm benannten Saal Albert Einstein erstmalig seine Allgemeine Relativitätstheorie vorgestellt. Für einen weiteren Markstein in der Geschichte der später nach ihm benannten Sternwarte hatte bereits zuvor der Astronom Friedrich Simon Archenhold mit der Entwicklung des längsten beweglichen Linsenfernrohrs der Welt gesorgt. 1896 fertiggestellt, ist es auch heute noch in Betrieb. Einstein und Archenhold waren übrigens auch freundschaftlich verbunden und frönten unter anderem der gemeinsamen Hausmusik. Beide Wissenschaftler teilen allerdings auch das schwere Schicksal, in der Nazizeit wegen ihrer jüdischen Glaubenszugehörigkeit verfolgt und aus Deutschland vertrieben zu werden. Umso bemerkenswerter, dass

heute noch die in alle Welt verstreute Familie Archenholds den Kontakt zur Sternwarte aufrechterhält.

Eigene Himmelsbeobachtungen

Den Besuch der beiden Berliner Sternwarten empfiehlt der Leiter Bildung der Stiftung Planetarium Berlin, Stefan Gotthold, als außerordentlich lohnend. Bei den dort an Freitag- und Samstagabenden angebotenen Veranstaltungen können bis zu 25 Personen selbst durch ein Teleskop den Sternenhimmel beobachten, selbstverständlich begleitet von entsprechenden fachkundigen Erläuterungen.

Sollte eine dicke Wolkenschicht die Sicht blockieren, wird ein Alternativprogramm angeboten und es werden die Bilder an eine Kuppel projiziert, die bei besserer Sicht durch das Fernrohr zu sehen gewesen wären.

Bei einer Vorführung zum Thema „Wir sind nicht allein“ konnte sich das hauptstadt magazin schließlich selbst von dem altersgerechten und spannenden Livebildungsangebot der Stiftung überzeugen: Vorwiegend Sieben- und Achtklässler traten eine Reise zu Planeten unseres Sonnensystems und zu einer ganzen Reihe von Exoplaneten an, um nach den Spuren möglichen Lebens zu suchen. Auch wenn gleichartige Lebensbedingungen wie auf der Erde nicht gefunden werden konnten, blieb die Suche dank hochleistungsfähiger Weltraumteleskope nicht erfolglos. Exoplanet TRAPPIST-1e, 40 Lichtjahre entfernt, weist durchaus erdähnliche Charakteristika auf und die Suche der Wissenschaftler ist längst noch nicht zu Ende. Der Besuch der vielen unwirtlichen Gestirne auf der Reise in den Weltraum dürfte aber allen Beteiligten ins Bewusstsein gerückt haben, wie wichtig es ist, die bislang einzigartigen Lebensbedingungen auf unserem Planeten sehr sorgfältig zu schützen.

Am Ende bleibt festzuhalten: Stefan Gotthold ist uneingeschränkt beizupflichten, jeder in der Hauptstadt selbst und im Umland sollte das Angebot der Stiftung Planetarium Berlin unbedingt nutzen.

Ein reiches Informationsangebot dazu gibt es unter: www.planetarium.berlin/



Die Archenhold-Sternwarte ist die älteste und traditionsreichste astronomische Einrichtung in Berlin.

+++NEU+++ Kinderpodcasts der Stiftung Planetarium Berlin

Wie schwer ist der Mond? Wo endet ein Schwarzes Loch? Wie schnell fliegt ein Satellit? Kann die Sonne explodieren und wie klingt Saturn? Diese und weitere Fragen klärt künftig alle 14 Tage der Kinderpodcast „Abgespaced – Der Weltraum von A bis Z“.

In der ersten Folge geht es von A wie Astronaut über B wie blauer Planet bis zu C wie Cassini. Die Kinderreporterinnen und -reporter erfahren unter anderem wie man sich als Astronaut auf den Flug ins Weltall



vorbereitet und worauf es beim Astronautentraining ankommt. Außerdem wirft das Podcastteam einen Blick auf die Erde und lernt im Erdbeobachtungszentrum, warum der blaue Planet ein fliegendes Fieberthermometer ist. Und zu guter Letzt folgt ein Abstecher zum Gasplaneten Saturn. ■

Nieder- gang; Weg hinunter	Über- bringer	↙	Bewoh- nerin eines Erdteils	↘	Recht- schreib- übung	↙	einerlei; gleich- artig	↘	runde Schnee- hütte	↙	männ- liches Borsten- tier	unge- braucht	↘	eigen- sinnig, hart- näckig	Fest-, Tanz- raum	↘	ausbilden						
↳	↘			○ 2			Platz für Ge- schenke	↳		○ 4		↘											
politi- sches Gebilde			Stil beim Schwim- men	↳					Kletter- pflanze	↳				stür- zende Schnee- masse			Beweis- stück; Quittung						
↳						Hinter- halt (auf der ... liegen)	↳				Ferien	↳				○ 6							
an- nähernd, ungefähr					<p>Unsere Gewinner Griechische Spezialitäten dürfen genießen: > im Restaurant Alas: Sandra Bretschneider, 12589 Berlin > aus einem Geschenkkorb: Joshua Oppermann, 10785 Berlin</p> <p>Das hauptstadt magazin wünscht guten Appetit. Das Lösungswort war „Kalender“.</p>								jeder ohne Aus- nahme										
sehr kurze Kleidung	Gebiet des eigenen Staates		Stachel- tier															lange, schmale Verlie- rung		meist ungiftige Schlange			
○ 7	↳																						
Ketten- ring	Mittei- lung, Hinweis (Kzw.)																				Absicht, Vor- haben		abge- grenztes Gebiet
↳					landwirt- schaft- licher Betrieb	↙	Wasser- vogel	↘	Gewürz-, Heil- pflanze	↙	afrika- nischer Strom	Welt- organi- sation (Abk.)	Name d. Bären in der Tierfabel	↳	○ 1		benach- bart, nicht weit						
nicht ganz schlie- ßen (Tür)			○ 5						un- fähige Person (ugs.)	↳				Töpfer- material									
verehr- tes Vorbild			Signal- farbe	↳			eine Euro- päerin	↳					Welt- kampf- stätte; Manege										
↳					Gesteins- gebilde	↳			○ 3	Arbeits- entgelt	↳				kleines hirsch- artiges Waldtier		○ 8						

Freude für die ganze Familie ...

... beschenken die Gewinne, die die Stiftung Planetarium Berlin und der DBB Verlag für unsere Rätselfüchse gesponsort haben: Mit dem Hauptpreis, einer Familienkarte, können maximal zwei Erwachsene und drei Kinder eine Vorstellung ihrer Wahl in einem der Berliner Planetarien besuchen. Außerdem warten fünf "himmlische Liederbücher auf die Gewinner. Mitmachen lohnt – schicken Sie das richtige Lösungswort unseres Preisrätsels bis **15. Dezember 2021** an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030 327952-20

Der Gewinn wird unter den richtigen Einsendungen ausgelost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



PREISRÄTSEL



Höchste Zeit für Winterreifen

Vor den Konsequenzen einer falschen Bereifung im Winter warnt die HUK Coburg in einem Pressedienst. Zwar gibt es keine verbindliche Winterreifenpflicht, heißt es in der Mitteilung, aber die Straßenverkehrsordnung (§ 2 Abs.: 3 a der StVO) fordert von Verkehrsteilnehmern, ihre „Ausrüstung an die Wetterverhältnisse anzupassen“. Und mittlerweile habe der Gesetzgeber diese freie Formulierung auch konkretisiert: Autofahrer müssen bei Glatteis, Schneeglätte, Schneematsch, Eis- oder Reifglätte Winterreifen aufgezogen haben.



Wer die Regelung missachtet, riskiert mindestens einen Punkt in Flensburg und ein Bußgeld von 60 Euro. Auch dem Halter, der eine Fahrt mit falscher Bereifung zulässt, droht ein Bußgeld in Höhe von 75 Euro und ein Punkt.

Bei einem Unfall sind Konsequenzen beim Versicherungsschutz nicht auszuschließen. Unfallverursacher, die ohne Winterreifen unterwegs waren, können von der Versicherung im Nachgang mit bis zu 5.000 Euro in Regress genommen werden.

Aber auch das Unfallopfer kann bei falscher Bereifung belangt werden: War fehlende Winterausrüstung ursächlich für den Unfall – weil sich zum Beispiel der Bremsweg drastisch verlängert hat – muss das Unfallopfer mit einer Mithaftung rechnen und die Kfz-Haftpflichtversicherung des Unfallverursachers ersetzt den Schaden nicht komplett, sondern nur bis zu einem bestimmten Prozentsatz. Besonders prekär kann sich das bei Personenschäden auswirken, wenn es um Schmerzensgeld, Verdienstaufschlag oder Rentenzahlungen geht. Auch mit rechtlichen Konsequenzen, insbesondere wenn durch den Unfall Personen verletzt wurden, muss gerechnet werden.

Insbesondere wenn durch den Unfall Personen verletzt wurden, muss gerechnet werden.

Höchstgeschwindigkeit beachten!

Winterreifen, deren Profil mindestens 1,6 Millimeter tief sein muss, haben eine zulässige Höchstgeschwindigkeit, die häufig unter der des Fahrzeugs liegt. Autofahrer sollten sich unbedingt daran halten. Denn bei Missachtung drohen platzende Reifen. ■